



## Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041  
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186  
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Berlin, 25. Juni 2015

## Pressemitteilung

### Lohnentwicklung: Kleine Einkommen endlich stärken

Zur Studie der Bertelsmann-Stiftung, nach der die Lohnspreizung bis 2020 deutlich zunehmen wird, und zur Studie des Forschungszentrums „Familienbewusste Personalpolitik“ in Münster, nach der atypische Beschäftigung zu spürbaren Belastungen im Familienleben führen, erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte:

„Augen zu und durch“ ist zu wenig, denn die prognostizierte Lohnentwicklung bis 2020 droht die Beschäftigten in Deutschland weiter zu spalten. Es ist nicht nur ungerecht sondern auch sozialpolitisch äußerst problematisch, wenn hohe Löhne weiter steigen, aber Menschen mit niedrigen Einkommen dagegen nahezu leer ausgehen.

Gleichzeitig zeigen die Forscher in Münster auf, wie eng atypische Beschäftigung und stärkere Belastungen im Privatleben zusammenhängen. Und die damit verbundenen Risiken tragen vor allem Frauen. Die Bundesregierung muss diesen Trend endlich ernst nehmen und tätig werden. Sie muss das Tarifsysteem stabilisieren, indem das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag“ in der Leiharbeit eingeführt, der Missbrauch von Werkverträgen verhindert und die sachgrundlose Befristung abgeschafft wird. Das alles stärkt die Gewerkschaften, denn gerade die Beschäftigten in atypischen Arbeitsverhältnissen sind schwerer zu organisieren, weil deren Beschäftigungsdauer häufig kürzer ist und sie stets mit der Sorge leben müssen, durch gewerkschaftliche Betätigung den Job zu verlieren. Aber nur mit durchsetzungsfähigen Gewerkschaften können auch die Löhne in unteren Einkommensgruppen angehoben werden.

Dringend notwendig ist auch ein Entgeltgleichheitsgesetz, mit dem insbesondere die Löhne in Frauenberufen gestärkt und Einkommensdiskriminierung abgebaut wird. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ muss endlich umgesetzt werden. Nur mehr Transparenz ist hier zu wenig. Wir fordern allgemein gültige Kriterien zur Bewertung von Arbeit und die Überprüfung von tariflichen und betrieblichen Entgeltsystemen auf Entgeltdiskriminierungen. Auch das könnte maßgeblich zu einem gerechten Anstieg der Löhne in unteren Einkommensgruppen beitragen und gerade die sozialen Berufe aufwerten. Denn Arbeit von Frauen darf es nicht mehr zum Schnäppchenpreis geben.